

Veranstaltungsbericht vom 28. Juni 2007 in Stuttgart

Ladies Lunch on Tour

Konservativer Feminismus und neue Familienpolitik?

Zum Kulturkampf um ein neues Leitbild in Deutschland und der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im Europäischen Jahr der Chancengleichheit

Begrüßung: Heike Schiller-Schenten, Vorstand Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg

Podiumsdiskussion mit Katrin Göring-Eckardt, MdB/Grüne, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und Barbara Thiessen, Grundsatzreferentin für Familienpolitik am Deutschen Jugendinstitut

Moderatorin: Carla Sappok, SWR

Veranstaltungsleitung: Annette Goerlich

Veranstungsverlauf

Katrin Göring-Eckardt stellte fest, dass Familien sowohl gegen Ideologien wie auch politische Maßnahmen resistent seien. Sie geht auf die Veränderungen und Vielfältigkeit von Familie ein, denen politisch noch nicht Rechnung getragen wurde. Sie definiert Familie als ein auf Langfristigkeit angelegtes Zusammenleben mit Kindern bzw. von Generationen. Diese Vielfalt an Familienformen sei an sich kein Problem, ein Problem sei Armut und Gewalt. Die christlich-soziale Familienpolitik von Ursula von der Leyen erzeuge eine Gerechtigkeitslücke, da sie sich auf die Mittelschicht konzentriere.

Der Aufruf für (mehr) Kinder läuft ins Leere, so lange die Bedingungen für ein Leben mit Kindern und Beruf bzw. eher Karriere nicht verbessert werden: es fehlt an Kinderbetreuung, Infrastruktur, und die Qualität der Einrichtungen ist unbefriedigend.

Barbara Thiessen stelle fest: Familien brauchen Geld, Infrastruktur und Zeitpolitik. Wenn man die Familienpolitik Deutschlands im europäischen Vergleich betrachtet, sieht man, dass zwar relativ viel Geld ausgegeben wird, aber v.a. als direkten Geldtransfer an die Familien/Familienoberhäupter und wenig für die Infrastruktur (Kinderbetreuung, Schulen, Weiterbildung und Familienbildung); in letzteres investieren bspw. Die skandinavischen Länder.

Durch die bisherige Konzentration das Alleinernährermodell, das auch die Erwerbsarbeitswelt entsprechend prägte, hängt die Zukunft der Familie maßgeblich von der männlichen Lebensentwicklung und Familienorientierung ab.

Sie führte Zahlen einer OECD-Studie an:

42% aller Ehen werden geschieden.

Nur 6 % aller Familien mit kleinen Kindern wollen den Vater als Alleinernährer,

bei 52% ist der Vater aber der Alleinernährer.

Je länger eine Familie besteht, umso traditioneller wird die Arbeitsteilung.

Die Unzufriedenheit steigt. Nur kinderlose Paare haben einen eher gleichberechtigten Alltag. Der Vereinbarkeitsdiskurs richtet sich auf Frauen und Beruf, nicht auf Männer und Familie. Da die Wirtschaft gut qualifizierte Frauen brauche, konzentriere sich die Politik auf die Mittelschicht (s. auch Bertelmann Stiftung).

Schon im Mittelalter gab es aufgrund der hohen Sterberate beispielsweise Patchwork-Familien und berufstätige Frauen. Was heute bei uns als normale Kernfamilie angesehen wird ist vor allem normativ, weniger Realität. Zudem ist bereits seit 100 Jahren die Zahl der Geburten und Kinder pro Frau rückläufig; seit 1920 hat sich die Zahl der kinderlosen Frauen kaum erhöht; rückgängig waren kinderreiche Familien.

Der Kinderwunsch bei Männern korreliert mit stabiler Partnerschaft und sicherem Einkommen. Der Kinderwunsch bei Frauen ist eher davon unabhängig. Die Entscheidung für das erste Kind treffen beide Eltern, die Zahl der nachfolgenden Kinder ist davon abhängig, ob sich beide auf eine Aufgabenteilung einlassen bzw. ob die Frau bereit ist ihren Beruf hinten anzustellen.

Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2005) gibt die soziale Schieflage in Deutschland wieder: 10% der Haushalte verfügen über 50% des Vermögens, 50% dagegen nur über 4%. Jedes 7. Kind lebt in Armut. Das Armutsrisiko von Kindern liegt bei 9%, bei Alleinerziehenden bei 26%. Zwei Drittel der von Armut Betroffenen schaffen es aus der Armut herauszukommen, ein Drittel lebt dauerhaft in Armut und Arbeitslosigkeit, oft schon in der zweiten und dritten Generation; letztere sind häufig mit der Kindererziehung überfordert. Diese Eltern bräuchten frühe Hilfe.

Das Geld anders ausgeben

Die Bundesregierung gibt pro Jahr 184 Mrd. Euro für Familien aus, Eigenheimförderung und Zuschläge im Öffentlichen Dienst mitgerechnet. Thiessen kritisiert, dass die rot-grüne Regierung das Kindergeld zwei Mal erhöht habe, aber Investitionen in Infrastruktur darüber vernachlässigt wurden. Pauschale Zahlungen an Eltern sind keine Gewähr, dass sie den Kindern zu Gute kommen, Sachleistungen sind wirkungsgenauer. Wenn z.B. Kinder vom Schulessen abgemeldet werden, müssen Schulessen kostenlos sein.

Notwendig wären Investitionen in die Betreuung von unter Dreijährigen, die Qualität der Kinderbetreuung, Schulbetreuung, Erziehungs- und Familienberatungsstellen, Eltern-Kind-Zentren, Early Excellence Zentren,...

Die Kinderbetreuungskarte

Katrin Göring-Eckardt führt den Vorschlag der Grünen für eine vom Bund finanzierte Kinderbetreuungskarte (s. Grüne Eckpunkte) und eine Kinderfreizeitkarte für Nachhilfe, Sport und Musik an. Thiessen sieht dies eher kritisch: In Hamburg wurden Betreuungsgutscheine

eingeführt. Bezahlt werden danach ausschließlich Angebote, die genutzt werden, und nur die Zeiten, in denen die Kinder physisch da sind. Dies führte zur Flexibilisierung für die Betreuungskräfte mit der Folge, dass auf Springerkräfte zurück gegriffen wurde.

Führte die Karte zu dem erhofften Qualitätswettbewerb unter Betreuungseinrichtungen? Göring –Eckardt argumentiert, dass der Gutschein ein direkter Anreiz für Betreuung und der Wettbewerb unter den Einrichtungen mehr Qualität schaffe. Thiessen argumentierte dagegen aufgrund der Hamburger Erfahrung, dass auch Eltern nicht rational nach pädagogischem Konzept und Ausstattung entschieden, sondern deutsche Mittelschichtseltern nach dem Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund wählten, so dass es zu einer verstärkten Ghettoisierung kam, und andere von den Wahlmöglichkeiten keinen Gebrauch machten/machen konnten.

Thiessen fordert stattdessen eine bessere Ausbildung von ErzieherInnen auf Fachhochschulniveau und Fachleute in der Betreuung. Dem schloss sich Göring-Eckardt an, und folgerte, dass das Einkommen von ErzieherInnen und HauptschullehrerInnen erhöht werden müsse – dies führe dann auch schnell zu mehr Männern in Erziehungsberufen. Außerdem sprach sie sich dafür aus, in Stadtteilen mit heterogener oder bildungsferner Bevölkerung und Hauptschulen die Betreuungsschlüssel zu verbessern.

Finanzierung

Zur Finanzierung führte Göring-Eckardt bspw. die Reduzierung des Ehegattensplittings an. Darauf angesprochen, weshalb es unter Rot-Grün nicht abgeschafft worden sei, antwortete sie, sie hätten den Vorstoß gemacht, seien aber gescheitert, da sich die Regierungsspitze nicht mit den Familien anlegen wollte. Als Alternative führt sie private, unternehmerische Initiativen an, die von Konjunktur und Fachkräftemangel begünstigt würden: Jena Optik versucht seine Fachfrauen zu halten, indem es hervorragend ausgestattete Kinderbetreuung anbiete.

Geschlechtergerechte Familienpolitik

Thiessen konkretisierte ihre Vorstellungen einer geschlechtergerechten Familienpolitik, die am dringlichsten Antworten für die „Rush Hour of Life“ verlange (s. Thesen). Der Weg zu einer geschlechtergerechten Familienpolitik sei noch lang: Der dreijährige sog. Erziehungs“urlaub“ sei von Blüm eingeführt worden, um bei hoher Arbeitslosigkeit den Arbeitsmarkt von Frauen zu erleichtern; nach 1991 bedauerte man die „Erwerbsneigung“ der ostdeutschen Frauen. Feministinnen hätten Familienpolitik den Konservativen überlassen. Barbara Thiessen vertrat die Ansicht, dass das traditionelle Mutter-Leitbild am ehesten aufgegeben und grundlegende Reformen eingeführt werden könnten von einer Regierung, in deren politischem Lager sich der größte Widerstand dagegen sammle. Als ein Argument führte sie eine Umfrage an, wonach nur 7% aller Kinder über zuwenig Zeit mit der Mutter klagten, aber 30% unzufrieden über zu wenig Zeit mit dem Vater waren. Dagegen fanden 27% der Mütter sie hätten zu wenig Zeit für die Kinder.

Unterhaltsrechtsreform

Katrin Göring-Eckardt begrüßt die Reform als notwendigen Schritt, der Frauen eigenständiger Existenzsicherung und Erwerbstätigkeit näher bringt. Problematisch erachtet sie, dass die Regelung rückwirkend gültig sei, aber immerhin sei es den Grünen gelungen einen Vertrauensschutz einzubauen.

Thiessen ist ambivalent, da die Reform Männern erleichtere ihre erste Familie zu verlassen und eine zweite zu gründen. Vor allem problematisierte sie, dass die Ausgangsbedingungen für Frauen aufgrund der Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt Frauen keine echten gleichberechtigten Chancen böten. Das Lohngefälle nannte sie als ein Beispiel. Konsequenz müsse sein, noch energischer gegen die Geringbewertung von Frauenarbeit einzutreten und bspw. für eine Neubewertung der Care-Bereiche (typische Frauenberufe) zu streiten. Göring-Eckardt fügte hinzu, dass es darum gehen müsse der Präkarisierung entgegen zu wirken und Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt zu schaffen.

Brauchen wir eine neue Frauenbewegung?

Wir müssen keine neuen Instrumente erfinden, die sind entwickelt, meinte Katrin Göring Eckardt. Allerdings brauche es neuen Schwung für die Umsetzung. Neu sei, dass die jungen Frauen gesellschaftliche Veränderungen mit den Männern angehen wollen, indem sie ihnen klar machen, dass sie in ihrem eigenen Interesse seien. Den jungen Frauen werde langsam klar, dass Veränderungen erkämpft werden müssen. Von der Leyen habe Ideen der Frauenbewegung aufgegriffen und werbe dafür im Konservativen Lager ohne sich vom Feminismus abzugrenzen.

Für Barbara Thiessen bedeutet Feminismus über die persönliche Emanzipation hinaus soziale Ungleichheit und Herrschaftsstrukturen offen zu legen und abzubauen.

In der Diskussion wurde Solidarität unter Frauen – auch in globalem Maßstab - thematisiert. Göring-Eckardt meinte hierzu, dass der Anspruch an Frauen-Solidarität nicht überstrapaziert werden sollte. Zwischen den jüngeren und älteren Frauen sehe sie einen Generationenkonflikt. Wichtig sei es offen und fair mit Konkurrenz und Interessen umzugehen und Netzwerke aufzubauen. Barbara Thiessen erwiderte, dass Netzwerke eine berufliche Strategie seien, während Solidarität eine politische Strategie darstelle. Hierzu meinte Katrin Göring-Eckardt, dass Solidarität eine allgemeine politische und gesellschaftliche Aufgabe sei.

Brigitte Lösch, Landtagsabgeordnete, stellte die Frage wie die Bildungskompetenz von Eltern gestärkt werden könne. Macht es Sinn z. B. aus dem Topf des Landeserziehungsgeldes 30-Euro-Gutscheine zu finanzieren, die in Beratungsstellen und Familienfortbildungszentren eingelöst werden könnten? Kommen die Leistungen bei den Eltern an, die sie vor allem brauchen? Göring-Eckardt und Thiessen waren sich einig, dass Bildungsgutscheine vor allem denen nützen, die eh Zugang zu diesen Leistungen finden. Sinnvoller sind niedrigschwellige Angebote. Thiessen nannte als gute Beispiele die Modelle „Opstapje-Schritt für Schritt“ (Anm. 1) oder Hippy (Anm. 2), die auf Elternarbeit setzen, Vertrauen schaffen, und bei Familien mit Migrationshintergrund und auf dem Land zu guten Ergebnissen führten.

Anmerkungen

1) Opstapje - Schritt für Schritt ist ein präventives Frühförderprogramm für Kleinkinder aus sozial benachteiligten Familien; mehr Infos unter <http://www.opstapje.de/> und auf der Homepage des dji <http://www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=321>

2) Hippy ist ein Familienbildungsprogramm mit dem Ziel der frühen Förderung der vier- und fünfjährigen Kinder. Es bereitet Kinder auf die Schule vor, die Hauptakteure sind die Eltern. Die Zielgruppe sind sozial- und bildungsmäßig benachteiligte Familien mit Kindern im Vorschulalter. HIPPY versteht sich als ein Präventions- und Integrationsprogramm. Weitere Infos unter <http://www.hippy-deutschland.de/>